

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1320/2012
Amt/Aktenzeichen 40/	Datum 14.08.2012	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 21.08.2012			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Schulträgerausschuss	Kenntnisnahme	21.08.2012	Ö
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Kenntnisnahme	28.08.2012	Ö
Stadtrat	Entscheidung	05.09.2012	Ö

Betreff: Erweiterung IGS Anna-Seghers hier: Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, Kurt Merkator Beigeordneter
Mainz, Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die städtischen Gremien stimmen der Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung in

Höhe von 4.980.000 € für die Erweiterungsmaßnahme der IGS Anna-Seghers zu.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Im Rahmen des weiteren Ausbaus der IGS Anna-Seghers zur Ganztagschule, Vierzügigkeit und Oberstufe wurden für entsprechende Erweiterungsmaßnahmen Gesamtmittel in Höhe von 19.500.000 € im städtischen Haushalt veranschlagt.

Entgegen den bisherigen Planungen die Erweiterungsmaßnahme in Bauabschnitten in konventioneller Bauweise zu erstellen, ist nunmehr die Erstellung des ersten Bauabschnitts in modularer Bauweise geplant.

Vorteil der modularen Bauweise ist die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts (insbesondere Klassenräume) in einer stark verkürzten Bauzeit. Damit verbunden unter anderem ist die Reduzierung der derzeitigen Kosten zur Anmietung von Klassenraumcontainern.

Die Umsetzung der modularen Bauweise erfolgt durch die Beauftragung eines Generalunternehmers mit einem Kostenvolumen für den 1. BA in Höhe von ca. 6.500.000 €. Für die Beauftragung des Generalunternehmers und weiteren vorbereitenden Maßnahmen ist ein geschätztes Auftragsvolumen in 2012 in Höhe von ca. 10.580.000 € zu erwarten.

Im Haushaltsjahr 2012 ist ein Kostenansatz in Höhe von 5.600.000 € veranschlagt, sodass zur Abdeckung der Auftragsvergaben eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012 in Höhe von 4.980.000 € notwendig ist.

2. Lösung

Genehmigung einer Verpflichtungsermächtigung für 2012 in Höhe von 4.980.000 € mit der Kassenwirksamkeit in 2013.

3. Alternative

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen